

Stellungnahme des Hamburger Integrationsbeirates der 22. Legislaturperiode

Sehr geehrte Frau Schlotzhauer, Sehr geehrte Damen und Herren,

die Freie und Hansestadt Hamburg sowie ihre Verwaltung setzen sich zunehmend mit Anti-Diskriminierung und Anti-Rassismus auseinander. Der Integrationsbeirat begrüßt diese Bemühungen und fordert in diesem Kontext die Ächtung des N-Wortes und die Anerkennung der rassistischen und herabwürdigenden Bedeutung des N-Wortes.

Das N-Wort steht historisch für jahrhundertelange Formen von Sklaverei, Gewalt, Ausbeutung und Entmenschlichung. Auch heute wird das Wort als Beleidigung und eine Form von Gewalt genutzt, die Schwarze Menschen herabwürdigt und verletzt. Was längst gesellschaftlicher Konsens sein sollte, wird im Jahr 2023 immer wieder in Frage gestellt – auch durch staatliche Institutionen. So etwa urteilte das Landesverfassungsgericht von Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2019, dass die Verwendung des N-Wortes nicht in jedem Kontext als herabwürdigend einzuschätzen sei. Dieses Urteil verdeutlicht, dass Betroffene nicht geschützt werden, sondern Rassismus in insitutioneller und struktureller Form gefestigt und reproduziert wird.

Seit dem Urteil haben sich vor allem Schwarze Aktivist*innen und Mitbürger*innen organisiert und Initiativen gestartet, um das N-Wort zu stoppen. Diesem Aufruf sind einige Städte und Kommunen in Deutschland bereits gefolgt.

Wir wünschen uns, dass die Freie und Hansestadt Hamburg diesem Weg folgt und sich klar zur Ächtung des N-Wortes bekennt.

Konkret fordern wir:

1. Die Freie und Hansestadt Hamburg soll anerkennen, dass das N-Wort unabhängig vom Kontext rassistisch ist und eine Beleidigung darstellt.
2. Die Freie und Hansestadt Hamburg soll sich dafür einsetzen, dass das N-Wort in den eigenen Behörden, Verwaltungsstrukturen und staatlichen Institutionen (z.B. Schule, Polizei) nicht genutzt wird. Sollten pädagogische, historische, wissenschaftliche oder forschungsbezogene Gründe die Nutzung des N-Wortes erfordern, muss eine Kontextualisierung erfolgen, die die rassistische und gewaltvolle Dimension des Wortes und der entsprechenden Ideologie sichtbar macht.
3. Die Freie und Hansestadt Hamburg soll prüfen, wie interne Sanktionen greifen könnten, wenn Beamt*innen und Verwaltungsmitarbeitende das N-Wort nutzen.
4. Die Freie und Hansestadt Hamburg soll sich dafür einsetzen, dass die Ächtung des N-Wortes in die Senatsstrategie zu Anti-Schwarzem Rassismus und künftige Papiere der Freien und Hansestadt Stadt Hamburg aufgenommen wird.
5. Die Freie und Hansestadt Hamburg soll sich dafür einsetzen, dass durch politische Bildungsarbeit die Zivilgesellschaft über die Ächtung des N-Wortes aufgeklärt wird und Betroffene empowert werden.

Der Weg zu einer diskriminierungs- und rassismussensiblen Gesellschaft ist noch ein weiter. Dabei müssen verschiedene Formen von Rassismen mitgedacht werden und in der Konsequenz weitere rassistische und entmenschlichende Begriffe (z.B. Z-Wort) geächtet werden. Der Integrationsbeirat setzt sich dafür ein und bekennt sich ebenfalls zu diesen Zielen. Wir hoffen sehr, dass die Freie und Hansestadt Hamburg diesen Schritt im Kampf gegen Rassismus und für ein respektvolleres und ein friedlicheres Miteinander mit uns geht.

Die Mitglieder des Hamburger Integrationsbeirates der 22. Legislaturperiode